



## Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

### **Ausschuss-Anhörung: Demografie im Wandel – Europa zukunftsfest machen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der demografische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel zu den größten strategischen Herausforderungen Europas zählen – mit weitreichenden wirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Folgen. Eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung gefährdet Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und soziale Sicherungssysteme – und damit auch das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen führt eine Sachverständigenanhörung zum Thema „Demografie im Wandel – Europa zukunftsfest machen“ durch.

Im Mittelpunkt der Anhörung stehen folgende Leitfragen:

- Welche wirtschaftlichen und strukturellen Folgen hat der demografische Wandel für Arbeitsmarkt, Standortattraktivität und regionale Entwicklung in Europa?
- Welche Strategien verfolgen EU, Bund und Länder zur Fachkräftesicherung, Arbeitskräftemobilität und zur Stärkung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit?
- Wie können die ökonomischen Herausforderungen des demografischen Wandels so gestaltet werden, dass soziale Stabilität, Zusammenhalt und demokratische Resilienz erhalten bleiben?
- Welche Impulse kann Bayern in eine europäische Demografiestrategie einbringen, die Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie zugleich stärkt?

### **Begründung:**

Der demografische Wandel verändert die wirtschaftliche und politische Landkarte Europas tiefgreifend. Eine alternde Bevölkerung, niedrige Geburtenraten und wachsende regionale Disparitäten führen zu strukturellen Ungleichgewichten, die Wohlstand und demokratische Stabilität gleichermaßen gefährden.

Laut Eurostat wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) in der EU bis 2050 um rund 15 Prozent sinken – ein Rückgang um mehr als 30 Millionen Menschen. Gleichzeitig steigt der Anteil der über 65-Jährigen auf fast 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die wirtschaftlich aktiven Jahrgänge werden damit zum Engpassfaktor für Wachstum, Innovation und soziale Sicherung.

In Deutschland sinkt die Zahl der Erwerbspersonen laut Statistischem Bundesamt bis 2040 um bis zu 5 Millionen, selbst bei anhaltender Zuwanderung.

In Bayern steigt das Durchschnittsalter bis 2043 auf über 45 Jahre, der Anteil der über 65-Jährigen wächst von heute 35 auf 44 je 100 Erwerbsfähige (Bayerisches Landesamt für Statistik, 2025). Laut Bayerischem Industrie- und Handelskammertag (BIHK) fehlen derzeit rund 157 000 Fachkräfte, bis 2027 wird der Engpass auf über 175 000 anwachsen.

Diese Entwicklungen gefährden Wertschöpfung, Innovationsfähigkeit und öffentliche Daseinsvorsorge in Europa – besonders in ländlichen Räumen und strukturschwächeren Regionen.

Soziale Sicherungssysteme geraten unter Druck, da weniger Erwerbstätige mehr Transferleistungen finanzieren müssen. Regionale Ungleichgewichte nehmen zu, was politische Spannungen und Vertrauensverluste begünstigt. Demokratische Teilhabe droht ungleich verteilt zu werden, wenn schrumpfende Regionen und jüngere Generationen an Einfluss verlieren.

Eine wirksame Demografiestrategie für Europa ist daher zugleich Wirtschafts-, Sozial- und Demokratiepoltik. Bayern kann hierbei eine aktive Rolle übernehmen. Ziel ist eine generationengerechte, wirtschaftlich stabile und demokratisch widerstandsfähige Gesellschaft, die den demografischen Wandel nicht nur bewältigt, sondern als Chance für Erneuerung nutzt.